

Alternativen für Schlecker-Verkäuferinnen schaffen!

Die Zwei-Prozent-FDP killt zehntausend Jobs, und Kanzlerin Merkel verteidigt eiskalt das Nein ihres Koalitionspartners zu einer Schlecker-Transfergesellschaft. Statt eine Auffanggesellschaft zu bekommen, um die Verkäuferinnen weiter zu qualifizieren, werden diese direkt in die Arbeitslosigkeit geschickt. DIE LINKE widerlegt die dreisten Lügen, mit denen Schwarz-Gelb versucht, ihre unsoziale Politik zu rechtfertigen.

Schwarz-Gelb: Der Staat darf sich nicht einmischen. Richtig ist: Banken werden mit hunderten Milliarden Euro gerettet, aber 71 Millionen Euro Bürgschaft für eine Transfergesellschaft mit 11 000 Beschäftigten verweigert.

Schwarz-Gelb: Das Missmanagement von Schlecker darf nicht belohnt werden. Richtig ist: Es geht um die Beschäftigten, nicht um die Familie Schlecker. Letztere sollte mit ihrem gesamten Vermögen haften.

Schwarz-Gelb: Die Arbeitsmarktlage ist gut. Richtig ist: Es gibt 25 000 offene Stelle, die jedoch oft befristete, niedrig bezahlte Teilzeitjob sind. Und es gibt derzeit bereits 300 000 Arbeitslose in den Verkaufsbereichen.

Die Schlecker-Beschäftigten brauchen eine Zukunft. Die Regierung muss zusammen mit Beschäftigten und beteiligten Akteuren wie den Kommunen ein alternatives Fortführungskonzept prüfen. Dafür kann es auch staatliche Förderung geben, wenn die Beschäftigten endlich Einfluss auf die Unternehmenspolitik erhalten.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alternativen für Schlecker-Verkäuferinnen schaffen!

Die Zwei-Prozent-FDP killt zehntausend Jobs, und Kanzlerin Merkel verteidigt eiskalt das Nein ihres Koalitionspartners zu einer Schlecker-Transfergesellschaft. Statt eine Auffanggesellschaft zu bekommen, um die Verkäuferinnen weiter zu qualifizieren, werden diese direkt in die Arbeitslosigkeit geschickt. DIE LINKE widerlegt die dreisten Lügen, mit denen Schwarz-Gelb versucht, ihre unsoziale Politik zu rechtfertigen.

Schwarz-Gelb: Der Staat darf sich nicht einmischen. Richtig ist: Banken werden mit hunderten Milliarden Euro gerettet, aber 71 Millionen Euro Bürgschaft für eine Transfergesellschaft mit 11 000 Beschäftigten verweigert.

Schwarz-Gelb: Das Missmanagement von Schlecker darf nicht belohnt werden. Richtig ist: Es geht um die Beschäftigten, nicht um die Familie Schlecker. Letztere sollte mit ihrem gesamten Vermögen haften.

Schwarz-Gelb: Die Arbeitsmarktlage ist gut. Richtig ist: Es gibt 25 000 offene Stelle, die jedoch oft befristete, niedrig bezahlte Teilzeitjob sind. Und es gibt derzeit bereits 300 000 Arbeitslose in den Verkaufsbereichen.

Die Schlecker-Beschäftigten brauchen eine Zukunft. Die Regierung muss zusammen mit Beschäftigten und beteiligten Akteuren wie den Kommunen ein alternatives Fortführungskonzept prüfen. Dafür kann es auch staatliche Förderung geben, wenn die Beschäftigten endlich Einfluss auf die Unternehmenspolitik erhalten.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G